

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger



Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 10 1/2 Uhr Vormittags.

Zurin, 4. December. Die „Discussion“ schreibt: Wenn ihre Informationen richtig wären, so sei das Ministerium gebildet. Es würde ein politisches Ministerium sein, zusammengesetzt aus Männern, welche ihre Probe im Parlament abgelegt hätten und ebenso den Parteikämpfen fremd seien. Das genannte Blatt glaubt, daß das neue Ministerium in seiner Majorität die Stimmen derjenigen, welche Ratzki unterstützt haben und derjenigen, welche mit der Opposition der Rechten gingen, wieder vereinigen werde. Es schließt, daß, wenn persönlicher Ehrgeiz die Verlängerung der Krisis des Staates in Aussicht stelle, ein Wort des Königs den Weg zum Herzen seiner Unterthanen finden werde.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 4. December. Nach dem heutigen „Dresdner Journal“ ist der Bevollmächtigte Sachsens von der Hamburger Elbzollconferenz nicht abberufen worden. Die Konferenz habe Ferien, weil die Dresdener Vorschläge abgelehnt und die Gegenvorschläge so tief eingreifender Natur seien, daß vorerst eine weitere Verständigung zwischen den in Dresden vertretenen Regierungen notwendig sei.

London, 3. December. Aus New York vom 22. v. M. wird ferner gerüchtesweise gemeldet, daß Congressmitglieder aus dem Süden die Absicht haben, die Briefe aus der Zeit des Zusammentritts des Congresses zu veröffentlichen, die einen Waffenstillstand oder den Frieden fordern.

Triest, 4. December. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten melden aus Kasul vom 25. October, daß zwischen Dost Mahomed und dem Ahmedian von Perat auf Andringen des persischen Gesandten ein Vergleich abgeschlossen worden sei.

Triest, 4. December. Der fällige Lloydampfer mit der Ueberlandpost ist aus Alexandrien eingetroffen.

Der Streit über die Octroyirung eines Wahlgesetzes.

Bereits im März d. J., unmittelbar nach der Entlassung des Ministeriums Auerwald, verbreitete sich das Gerücht von einer Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes. Damals behaupteten wir, daß eine solche Octroyirung nicht nur eine gesetzliche und moralische Unmöglichkeit, sondern auch für die reactionäre Partei ein vollkommen zweckloses Unternehmen sei; denn selbst die Octroyirung eines ständischen, also eines auch seinem Inhalte nach verfassungswidrigen, Wahlgesetzes würde keineswegs eine allezeit süßsame Geldbewilligungsmaschine verschaffen. Seitdem ruhten diese Gerüchte, bis sie nach der Verwerfung des Budgets durch das Herrenhaus aufs Neue erwachten. Sie wurden wieder hervorgerufen durch die bald offerenen, bald verstärkten Aufforderungen von Seiten der reactionären Heißsporne, ohne daß die „Sternzeitung“ sich jemals geneigt gesehen hätte, dem irgendwie entgegenzutreten. Gleichwohl äußerte kein liberales Blatt auch nur den Verdacht, als ob die Regierung irgendwie geneigt wäre, denselben eine practische Folge zu geben. Aber die „Nationalzeitung“ sah sich endlich veranlaßt, in einer Correspondenz „aus der Provinz Preußen“ die leitenden Staatsmänner daran zu erinnern, „daß sie auch nicht länger zu einem öffentlichen Aergernisse schweigen dürften, das keine andere Regierung in Europa dulden würde.“

Die „Nationalzeitung“ beruft sich theils auf die klaren Bestimmungen der Verfassung, theils auf den nicht minder deutlichen Titel des Strafgesetzbuches, der vom Hochverrath handelt. Der wesentliche Inhalt ihres Artikels läßt sich kurz in folgenden Sätzen wiedergeben:

1) Jede Octroyirung eines Wahlgesetzes, welchen Inhalt es auch hätte, wäre eine offensbare Verletzung der Verfassung und ein Bruch der feierlichsten auf „die gewisshafte Beobachtung“ derselben geleisteten Eide.

2) Die Octroyirung eines den Artikeln 69–75 der Verfassung zuwiderlaufenden, namentlich also auch eines ständischen Wahlgesetzes, wäre eine Vorbereitung zu gewaltsamer Abänderung der Verfassung, folglich (St. G. B. § 64) „Vorbereitung eines Hochverraths“ und (§ 63) mit fünfjährigem bis lebenslanglichem Buchtthaus oder, bei mildernden Umständen, mit Einschließung nicht unter fünf Jahren zu bestrafen.

3) Jede Anordnung, eine octroyirte Verordnung solcher Art auszuführen und jede Befolgung einer solchen Anordnung von Seiten irgend eines Beamten, mit dem Bewußtsein, daß durch sie gewisse Bestimmungen der Verfassung im Wege „widerrechtlicher Nothigung“ (§ 315), also gewaltsam, abgeändert werden sollen, wäre „vollendeter Hochverrath“ (§ 62) und als solcher (§ 61) mit dem Tode zu bestrafen.

4) Die öffentliche Aufforderung zu einer solchen Octroyirung wäre eine Aufforderung zu einem „hochverrätherischen Unternehmen“ und (§ 65) mit zwei bis zehnjährigem Buchtthaus oder, bei mildernden Umständen, mit zwei bis zehnjähriger Einschließung zu bestrafen.

Mit Recht betont es die „Nat.-Stg.“, daß man keinen unserer jetzigen Beamten verdächtigen dürfe, als beabsichtige er die Verübung irgend eines dieser Verbrechen. Aber da die ministerielle Zeitung sich bis jetzt schweigend verhalte, so sei es Pflicht der liberalen Presse, alle Bürger des Staates mit den betreffenden Bestimmungen der Verfassung und des Strafgesetzbuches bekannt zu machen.

Es stand zu erwarten, daß die „Kreuzzeitg.“ nicht schweigen würde: und in der That hat sie in einem langen Artikel geantwortet. Aber den 2., 3. und 4. jener Punkte übergeht sie mit völligem Stillschweigen, nur meint sie, es sei selbstverständlich, daß auch ein octroyirtes Wahlgesetz den Bestimmungen der Art. 70–74 der Verfassung nicht zuwiderlaufen dürfe. Dagegen wendet sie sich mit allen Waffen ihrer bekannten Sophistik gegen den ersten Punkt.

Natürlich fällt es nicht auf, daß sie des Eides auf „die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung“ bei keinem ihrer Argumente eingedenk ist. Sie unternimmt es vielmehr, aus dem bloßen Wortlaute der Verfassung für die Regierung Rechte herzuleiten, die ein gewissenhafter Mann niemals aus ihr heraus oder vielmehr in sie hinein deuten wird. Aber mit dem bloßen Andeuten kommt auch ihre Sophistik nicht aus, sie muß daher hier eine Verfassungsbestimmung verschweigen, dort eine andere falsch citiren. Sie verschweigt, daß nach Art. 72 und 115 die Abänderung der jetzigen Wahlordnung nur durch ein Wahlgesetz, also nur durch ein nach Art. 62 zwischen dem Könige und den beiden Kammern vereinbartes Gesetz gestattet ist, nicht aber durch eine nach Art. 63 nur in bringenden Nothfällen bloß „unter Verantwortlichkeit des gesammten Staatsministeriums“ zu erlassende königliche „Verordnung mit Gesetzeskraft“. Sie citirt ferner den Wortlaut des Art. 63 falsch, indem sie behauptet, daß nach dem Inhalte desselben eine solche Verordnung schon dann octroyirt werden dürfe, wenn durch dieselbe ein ungewöhnlicher Nothstand „beseitigt werden kann“, während der Art. 63 eine Octroyirung nur dann gestattet, wenn offenbar kein anderes Mittel zur Beseitigung des Nothstandes vorhanden ist, wenn, wie es wörtlich heißt, „die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes“ sie „dringend erfordert“. Erfordert und noch dazu „dringend erfordert“ wird natürlich nur ein solches Mittel, neben dem es schlechthin kein anderes giebt. Die „Kreuzzeitg.“ aber konnte mit all ihrer Dreistigkeit nicht behaupten, daß die Regierung den „bundeslosen Zustand“, den sie als einen „ungewöhnlichen Nothstand“ bezeichnet, auf keine andere Weise als durch Octroyirung eines Wahlgesetzes zu beseitigen vermöge. Darum schreibt sie in die Verfassung hinein, was gar nicht darin steht. Aber von allem dem abgesehen, welche Stirn gehört dazu, eine Beobachtung und noch dazu eine gewissenhafte Beobachtung der Verfassung auch dann noch anzunehmen, wenn ein Ministerium u. A. durch die Abstimmung zweier seiner Mitglieder im Herrenhause zur Herbeiführung eines Nothstandes mitwirken und dann behaupten wollte, daß es durch eben diesen Nothstand das Recht erlangt habe, nach seinem Ermessen dem Lande ein Abgeordnetenhaus zu octroyiren, welches zur Bewilligung jeder beliebigen Ausgabeopposition im Budget zu jeder Zeit bereit sei?

Es wäre überflüssig, die weitere Beweisführung der „Kreuzzeitung“ noch näher zu beleuchten. Wir wollen wir, ohne uns auf eine weitere Rechtsdeduction einzulassen, noch die Worte der „Nationalzeitung“ anführen, mit der sie schon im Voraus die von ihrer Gegnerin aufgestellte Behauptung zurückweist, als ob die im Falle einer Octroyirung nach Art. 63 erforderliche nachträgliche Genehmigung der Volksvertretung auch von einem durch eben diese Octroyirung geschaffenen Abgeordnetenhause erteilt werden könne. Sie sagt nämlich: „Die durch Octroyirung in das Abgeordnetenhaus berufenen Mitglieder um Genehmigung dieser Octroyirung anzugehen, wäre genau dieselbe Verhöhnung des Rechtes und zugleich des gefunden Menschenverständes, als wenn man zuerst statt des zu dem Besitze eines Hauses Berechtigten eine beliebige dritte Person in den Besitz desselben setzte, dann von dieser Person die Besitzveränderung genehmigen ließe und schließlich diese Besitzveränderung für zu Recht bestehend erklärte, weil sie ja eben von dem Besitzer genehmigt sei.“ Dieses Argument verschweigt aber die „Kreuzzeitung“; vielmehr schiebt sie, um sich ein scheinbar leichtes Spiel zu machen, der „Nationalzeitung“ ein anderes Argument unter, das aber nicht sie, sondern ein anderes Berliner Blatt angeführt hatte.

Daß die „Kreuzzeitung“ mit all diesen Klünsten und mit der wohl noch von ihr zu erwartenden Beweisführung, als ob selbst ein octroyirtes ständisches Wahlgesetz aus Art. 70–74 der Verfassung vollständig im Einklange stehen könne, daß der preussische Volk nicht irre leiten wird, versteht sich von selbst. Das preussische Volk wird, trotz aller Sophistereien, Eidbruch immer Eidbruch und Hochverrath immer Hochverrath nennen.

Deutschland.

Verlin, 4. December. Der Inhalt der vielbesprochenen „Ergebnisadresse“ des pommerischen Provinzial-Landtages ist Ihren Lesern gewiß noch erinnerlich. Auf dieselbe antwortete eine allerhöchste Cabinetsordre vom 29. v. M. an den Commissar des Landtages, die von dem Minister des Innern Herrn v. Jagow contrasignirt ist. Unzweifelhaft ist dieses Actenstück als ein officiell anzusehen. Wenn es aber als ein solches anzusehen ist, so entsteht die Frage, ob nicht durch dasselbe den Provinzial-Landtagen das Recht zuerkannt worden ist, ihr Votum in allgemeinen Landesangelegenheiten abzugeben, während sie bisher sich nur auf die Angelegenheiten der Provinz, die sie vertreten, zu beschränken hatten und jede Abweichung von dieser Begrenzung als ein Uebergreif über ihre Befugnisse hinaus angesehen wurde. Der pommerische Landtag hat sich über die sogenannte Heeresreorganisation ein Gutachten in dieser Absicht abzugeben gestattet und die Antwort billigt dieselbe ausdrücklich. Gewiß wird der Herr Minister des Innern dem Landtage über die Tragweite und die Folgen dieser Vorgänge Aufklärung zu geben im

Standes sein. Die Kreuzzeitung fest uns in ihrer eben erschienenen Nummer auseinander, „was uns vor Allem Noth thut!“ — Das Erste ist die unbedingtste und rücksichtsloseste Wiederherstellung der Disciplin und des Gehorsams im Schooß des Beamtenthums, das andere Unterdrückung der oppositionellen Presse und, weil das Volk der Preßnahrung einmal wie des täglichen Brodes bedarf, Entschädigung dafür durch möglichste Förderung und Verbreitung der gutgesonnenen Presse, wofür das kaiserliche Frankreich als Muster empfohlen wird. Der Artikel leidet im Ganzen an einer Menge von dunkeln mysteriösen Wendungen und Windungen, besonders in Bezug darauf, wie das Beamtenthum unschädlich zu machen ist. Es scheint, die Kreuzzeitung fordert Verminderung der Bureauratie durch Wiederherstellung feudalistischen „Selbstregiments.“

— Se. Majestät der König empfing heute den commandirenden General des IV. Armeecorps, General der Infanterie v. Schack und den Vortrag des Herrn v. Bismarck-Schönhausen. Um 2 Uhr erteilte Se. Majestät dem Geheimen Commerzienrath Oppenheim eine Audienz.

— Der Ober-Burggraf Staatsminister a. D. v. Auerwald begiebt sich, wie verlautet, zur Feier des Weihnachtstfestes nach Schlobien bei Mülhausen in Ostpreußen.

— Die Antwort des türkischen Ministers v. Dehn-Nothfeller auf die von dem Feldjäger übergebene Depesche des Herrn v. Bismarck lautet nach der „Stern-Stg.“ wie folgt:

„Kassel, 1. December. Ew. Exc. geehrtes Schreiben vom 24. v. M. bin ich nunmehr in den Stand gesetzt, Namens der kaiserlichen Regierung ganz ergebenst zu beantworten. Ew. Exc. unterstellen einen Conflict zwischen der türkischen Regierung und dem gegenwärtigen Landtage, erwähnen, daß das in der kaiserlichen Verordnung vom 21. Juni d. J. gegebene Wort bestimmt die Beilegung des Streites habe erwarten lassen, und stellen in Verbindung hiermit gewisse Maßregeln in Aussicht, welche das Interesse Preussens erscheinen soll. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich hier die Uebersetzung ausspreche, daß die Auffassung der Sachlage, wie sie sich in dem geehrten Schreiben Ew. Exc. kund giebt, auf einer mangelhaften Information beruht. Der Bundesbeschluß vom 24. Mai l. J. ist, wie wohl nicht leicht bestritten werden wird, in einem wesentlichen Punkte unbestimmt: er hat die Frage nicht gelöst, ob der nächste Landtag nur ein ad hoc, zur Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes, berufen, oder ein zur Vornahme von Landtagsgeschäften überhaupt zuständiger sein solle. Die landesherrliche Verkündigung vom 21. Juni l. J. hat diese Frage ebenfalls offen gelassen und deren Lösung der Praxis vorbehalten. Es wird von der kaiserlichen Regierung nicht verkannt, daß jeder der beiden widerstrebenden Ansichten rechtliche Gründe zur Seite stellen, wiewohl der § 7 der gedachten Verkündigung sich besonders für die Annahme einer beschränkten Competenz geltend machen läßt. Indem übrigens die jüngste Thronrede zwar die Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes als die wesentliche Aufgabe des jetzigen Landtages bezeichnete, jedoch weitere landesherrliche Entschlüsse ausdrücklich vorbehielt, waren bereits sonstige Vorlagen an den Landtag in Aussicht gestellt und hofft man sich, nachdem die im Schooß der Regierung verbliebenen des halbigen Zustände beseitigt worden sind, nunmehr mit dem Landtage, welcher in der Kürze wieder zusammentreten wird, desfalls zu verständigen. Wenn sich hiermit der bezügliche Inhalt des geehrten Schreibens Ew. Exc. von selbst erledigen dürfte, so sehe ich mich gleichwohl für die Folge in die Nothwendigkeit gesetzt, gegen die eventuell in Aussicht gestellte einseitige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen und selbstständigen Bundesstaats im Namen der türkischen Regierung und des Landes, so wie im Interesse aller souveränen deutscher Bundesfürsten, hiermit Verwahrung einzulegen. — Genehmigen u. c. v. Dehn-Nothfeller.“

Ein gewöhnlich gut unterrichteter berliner Correspondent der „Wef. Stg.“ schreibt unterm 2. d. M.: „Seit dem letzten Sonnabend beschäftigt man sich im Ministerium mit dem Militairgesetz. Die Herren v. Bismarck, v. Roon, v. Bodelschwingh und v. Igelplig haben täglich mit einander conferirt und der Premier hat sofort nach den Beratungen an den König Bericht erstattet. Wahrscheinlich wird sich die Sache so gestalten, daß die bereits eingeführten Einrichtungen der Reorganisation in Gesetzesform gebracht werden. Eine Concession in Bezug auf die zweijährige Dienstzeit ist nicht erwirkt worden. In den Motiven zu dem Gesetze wird das Gutachten militärischer Autoritäten des In- und Auslandes für die dreijährige Dienstzeit betont werden; das Entgegenkommen in Bezug auf die bisherigen Wünsche des Abgeordnetenhauses soll darin bestehen, daß man sich bereit erklären wird, weiter auf Versuche mit abgekürzter Dienstzeit zur Feststellung von Erfahrungen einzugehen, und zwar wie bisher durch frühere Entlassung der Reservisten und spätere Einstellung der Recruten. Gleichzeitig werden die Motive, welche wahrscheinlich in Form einer Denkschrift erscheinen werden, einen von dem Finanz- und Handelsminister geführten Nachweis enthalten, daß das Land in keiner Weise durch die Aufbringung des Militairbudgets überbürdet sei.“ — Man scheint sich übrigens in Regierungskreisen dabei nicht zu verhehlen, daß ein solches Vorgehen dem Abgeordnetenhause schwerlich genügen möchte; man denkt demselben aber, das kann ich heute verbürgen, energisch entgegenzutreten.“

Der Abg. Theodor Müllensiefen in Grengelbans (für Bochum-Dortmund) hat sein Mandat niedergelegt. Herr Müllensiefen veröffentlicht in der neuesten Nummer der „Märkischen Blätter“ (Witten) ein Schreiben, welches er am 26. September (also vor Schluß des Landtags) von Berlin aus an den Kronprinzen gerichtet hatte, um denselben zu einer

Vermittelung in dem Conflict zu veranlassen. Es heißt in dem mit großer Wärme abgefaßten und vom reinsten Patriotismus befehlten Schreiben: „Ist es denn überhaupt ein revolutionärer Geist, der in den Völkern Europas drängt und treibt? Ist es nicht vielmehr ein providentielles Einwirken zur Hervorbringung einer ganz neuen Zeit, dem dies legitime Ringen nach menschenwürdigerer staatsbürgerlicher Stellung entspricht? und weise wäre es, dieser — eben weil sie providentiell — unbewingbaren Strömung ein breites Bett zu graben. Oder sind die Lehren von 1848 so ganz vergeblich gewesen? Vergeblich das Beispiel Hollands, der Beweis Belgiens, daß ein Volk in Friede und Zuversicht dahin leben kann, ob auch die Wogen der Revolution um seine Grenzen schäumen, weil hinter ihnen Gefes und Recht eine heimische Stätte gefunden? O, es bedarf auch bei uns nur des Einen: Ehrlich und fest es einmal auf die Verfassung gewagt!“

Die Angelegenheit des reitenden Feldjäger-Corps ist nunmehr, wie wir hören, dahin erledigt worden, daß dasselbe in seiner gegenwärtigen Formation bestehen bleibt und nicht in ein Courier-Corps umgewandelt wird. Das Corps wurde bekanntlich im Jahre 1740 durch König Friedrich II. gleichzeitig mit dem Feldjäger-Corps zu Fuß errichtet und hat, während die Fußjäger sich nach und nach in unsere gegenwärtigen Jäger-Bataillone verwandelten, seine Organisation und seine Bestimmung — zu Courierdiensten in Krieg und Frieden benutzt zu werden — im Wesentlichen seit nunmehr 122 Jahren beibehalten.

Von einem unserer Berliner Correspondenten wurde uns mitgeteilt, daß Herr Dr. Frese in Paris eine deutsche Zeitung herauszugeben beabsichtige. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Frese entbehrt jene Nachricht der Begründung.

In Coburg ist der Staatsanwalt Dr. von Hahnau aus dem Staatsdienste entlassen und zum herzoglichen Güterdirector in Grauburg endlich definitiv ernannt worden, nachdem er dieses Amt seit Beginn des berüchtigten Untersuchungsprocesses gegen seinen Vorgänger Baron von Köppert fast zwei Jahre schon provisorisch verwaltet hatte. „Gutem Vernehmen nach“ — fügt der Correspondent der Leipziger Zeitung dieser Meldung hinzu — soll die Stelle eines Staatsanwalts am hiesigen Kreisgericht dem zeitherigen Staatsanwalt Oppermann in Berlin übertragen werden.

Der „K. Z.“ wird aus Brüssel geschrieben: Aus Polen kommen sehr beunruhigende Nachrichten. Die Stimmung daselbst wird als eine sehr schlimme geschildert. Auf der anderen Seite versichert man, der Czar beabsichtige, weitgehende Zugeständnisse an Polen zu machen. Die Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich haben sich angeblich gebessert. — Aus Wien wird geschrieben, Herr von Schmerling habe ein wenig von seinem Selbstvertrauen eingebüßt, die Actien der ungarischen Altconservativen wären im Steigen begriffen.

Halberstadt, 27. Nov. [Stadtverwaltung.] Die in der heutigen Sitzung unserer Stadtverordneten-Versammlung wieder aufgenommene Fiskal'sche Defecten-Angelegenheit ist in ein für das gesamte preussische Städteleben so interessantes Stadium getreten, daß wir die Genesiss der berüchtigten Geschichte hier mit wenigen Strichen skizzieren möchten. Vor ungefähr drei Jahren entwich der städtische Kassen-Rendant Fischer von hier nach Amerika, indem er Kassen-Defecte in der Höhe von 7000 Thalern hinterließ. Die Verübung derselben mußte sich, was sich herausstellte, über mehrere Revisionsperioden erstrecken haben, so daß auf die mit den Revisionen betrauten Magistrats-Mitgliedern der Verdacht der Vernachlässigung ihrer amtlichen Pflichten fiel. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß demnach, bei der Regierung zu Magdeburg die Einleitung der Disciplinar-Untersuchung gegen jene zu beantragen; sie wurde aber mit ihrem Gesuche unter dem 27. März 1861 zurückgewiesen, weil nach § 36 der Städte-Ordnung der gefasste Beschluß der Sanctionierung Seitens des Magistrats bedürfe. Die zweite Instanz, das Oberpräsidium der Provinz Sachsen, schloß sich dieser Ausführung der Regierung an. Nun faßten die Stadtverordneten den Beschluß, sich an das Ressortministerium mit einer Beschwerde über das Oberpräsidium, resp. um eine authentische Interpretation des § 36 zu wenden, eventuell aber beim Abgeordnetenhaus um eine Revision desselben zu bitten: ein Beschluß, welcher in der heutigen Sitzung von neuem aufrecht erhalten wurde, so daß die betreffende Eingabe in diesen Tagen an den Minister von Jagow abgehen wird.

Münster, 2. December. Es interessiert Sie wahrscheinlich, zu erfahren, daß, nachdem auf den früheren Beschluß des westphälischen Provinzial-Landtages bereits heute die Stenographen zu den Sitzungen zugelassen wurden, heute der Landtag, nachdem der Abgeordnete Hauptmann Brüning seinen Antrag auf Zulassung der Öffentlichkeit aus formellen Gründen zurückgezogen, mit allen gegen nur 8 Stimmen dem Ergänzungs-Antrag des Abgeordneten Funke (Hagen) beistimmte, der dahin geht: „um Gewährung der Öffentlichkeit der Landtags-Verhandlungen sich mit einer Petition an Se. Maj. den König zu wenden“.

Bonn, 2. December. Die Beiträge und Zeichnungen hiesigen Orts für den Nationalfonds betragen bis heute 1456 Thaler.

Cassel, 2. December. (Südd. Z.) Die Casseler Zeitung hat auch heute noch kein Wort der Beruhigung für das Land; dieses Schweigen bekräftigt, daß uns der historisch gewordene Feldjäger noch keineswegs über alle Berge gebracht hat. Gestern haben wieder die heftigsten Auftritte zwischen dem Kurfürsten und seinen Ministern stattgefunden. Erst hat Herr von Dehn-Rothfeller im Feuer gestanden, nachher sind auch die anderen Minister im Palais gewesen. Aber so laut es dabei auch hergegangen ist, zu einer Entscheidung auf ihre Anträge ist es wieder nicht gekommen. Später ist dann Abbe zum Kurfürsten beschieden. Heute ist der hohe Herr auf der Jagd; da wird morgen die Stimmung schwerlich eine bessere werden. Es ist deshalb noch sehr fraglich, ob das Ministerium auch beim besten Willen diejenigen Vorlagen, die das Gerücht als vorläufig genehmigte bezeichnete, beim Wiederzusammentritt der Stände denselben wird unterbreiten oder auch nur versprechen können.

Frankreich.

Paris, 2. December. Aus Turin sind noch keine bestimmten Nachrichten über das neue Ministerium eingetroffen. Die France, die bisher Herrn Ratazzi vertheidigte, fällt heute von ihm ab. Sein Fall sei natürlich, da er nie seine Politik auf die Erwerbung Roms gestützt habe, was ihn hätte machtlos machen müssen. Dem genannten Journal zufolge liegen jetzt zwei Combinationen vor: Entweder siegt der englische

Einfluß, indem ein Ministerium der Fortschrittspartei ans Ruder kommt, oder ein conservatives Cabinet mit Lamarmora und Villamarina kommt ans Ruder. Ein von der Actionspartei unterstütztes englisches Ministerium in Turin wird, so droht das Paps, Italien in die größte Gefahr bringen; denn die römische Frage könne dann nie gelöst werden, zumal England bewiesen habe, daß sich in den Tagen der Gefahr nicht auf dasselbe zählen lasse.

Marseille, 2. December. Gestern Morgen hat hier wieder ein furchtbarer Sturm gewüthet. Eine genueser Brigg und ein von den Antillen gekommener französischer Dreimaster sind zu Grunde gegangen. Die Königin von Württemberg ist verhindert worden, Toulon zu verlassen.

Italien.

Turin, 2. December. Als Ratazzi den Senat von der Minister-Krise in Kenntniß setzte, bedauerte er, daß er diesem Staatskörper gegenüber sich wegen seiner Haltung nicht habe verantworten können, und dankte für seine standhafte Unterstützung.

Die Eisenbahn von Neapel nach Rom ist eröffnet.

Aus Rom, 29. November, werden neue Verhaftungen gemeldet. Herr v. Kallmand hat mehrere Cardinale besucht und ihnen erneuerte Versicherungen der Fortdauer des französischen Schutzes gegeben, sich dabei jedoch in reformfreundlichem Sinne ausgesprochen. Mehrere Reform-Projekte liegen bereits im Entwurfe vor.

Turin, 30. November. Garibaldis Heilung macht die erfreulichsten Fortschritte und wird voraussichtlich viel vollkommener erfolgen, als man bisher zu hoffen gewagt.

Von den Männern, an die der König sich bis jetzt gewendet hat, neigt Torrealia sich zu England, Villamarina dagegen ist bekannt als wohlgeleiteter in Paris, und deshalb üblicher Unterhändler bei heikelen Fragen, aber als Vertrauensmann der Tuilerien bei den Italienern wenig beliebt. Auch San Martino, von dem die Rede war, würde in den Tuilerien als alter erklärter Feind Garibaldis und der Actionspartei willkommen sein, aber eben deshalb in Italien bei der jetzigen Stimmung eine harte Stellung haben. Ein Generals-Ministerium, von welchem vielfach die Rede war, ist schon deshalb nicht leicht möglich, weil Cialdini, de Lamarmora und de Rovere, so geachtet sie als tapfere Degen und gute Organisatoren in ihrem Fache auch sind, doch in politischen Dingen gegenwärtig kaum weniger unpopulär sind, als Ratazzi selbst; ohnehin ist de Rovere stark conservativ, Lamarmora ungemein langsam, wo es zu handeln gilt, und Cialdini so jähzornig und verbissen, daß es geradezu Mazzini in die Hände arbeiten hieße, wenn er Premier würde. Victor Emanuel hat hundert Gründe zu Frankreich zu halten, wie dieses zu England; ein Ministerium, das in beiden Cabineten eine aufrichtige Stütze fände, wäre für Italien eine wahre Wohlthat. Ein solcher Premier wird schwer zu finden sein, es wäre denn, daß es Ricafoli auf seiner letzten Reise über Paris nach England gelungen wäre, die ihm in den Tuilerien feindlichen Einflüsse zu neutralisiren. Es giebt Leute, die dies glauben und daraus die allerdings auffallend freundliche, ja, zuvorkommende Sprache der Organe der Rechten gegen Frankreich erklären.

Danzig, den 5. December.

Die „K. Z.“ schreibt: „Gutem Vernehmen nach ist gegen zwei Seesoffiziere der ostasiatischen Expedition ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Die Veranlassung dazu soll einem Vorfall entnommen worden sein, welcher an und für sich so harmlos ist, daß wir fast bezogen, Zweifel an der Wahrhaftigkeit unseres Berichtes zu begehen. Während die Fregatte „Thetis“ vor Jeddo ankerte, begab sich der Commandant derselben mit einem Lieutenant zur See und dem Verwaltungs-Commissar ans Land, um die Stadt und Umgegend zu besehen. Die drei Herren waren zwar in Uniform, aber unbewaffnet, wie dies ziemlich in allen Ländern außer Preußen Sitte ist. In einer entlegenen Vorstadt der ungeheuren japanischen Metropole wurden sie von einem bewaffneten, dem Anschein nach gänzlich betrunkenen Japane (japanischem Officier) verfolgt. Die Stimmung der Japaner ist bekanntlich den Fremden nicht besonders hold. Die Klugheit schien zu gebieten, schon aus Rücksicht für das Zustandekommen des großen Vertragswerkes, des Zweckes der ganzen Expedition, Zwistigkeiten zu vermeiden und die Bevölkerung nicht unnötig aufzureizen. Auch mochten die Herren erwägen, daß, ganz abgesehen von der politischen Klugheit, bei einem Kampfe mit einem bewaffneten Trunkenbold weder Ruhm noch Vortheil zu erlangen sei. Die beiden Officiere und der Verwaltungsbeamte, welcher übrigens Landwehr-Offizier gewesen sein soll, gingen daher dem Streite aus dem Wege, fanden in dem Hause eines anderen Japaners Schutz und blieben dort so lange, bis der Trunkenbold sich getrost hatte. Dies ist, so viel wir haben erfahren können, der ganze Sachverhalt. Unseres Wissens hatte bis jetzt Niemand ein Arges darin gesehen. Unbefangen wurde die Geschichte mit anderen Anekdoten der Expedition gelegentlich erzählt. Die von dem Obercommando mehr als anderthalb Jahr später eingeleitete Untersuchung hat daher wenigstens unter den Seesoffizieren Staunen und Bewunderung erregt. Cui bono, könnte man mit dem römischen Prätor fragen, wenn man sich erinnert, daß der eine der Beschuldigten, Capitain zu See 3., allgemein als einer der fähigsten Seesoffiziere gilt. Wir wollen uns noch kein Urtheil erlauben, bitten nur vorläufig die „Stern-“ Zeitung um Bestätigung oder Berichtigung dessen, was wir, im Interesse der Betheiligten, jedoch ohne Wissen derselben, der Öffentlichkeit zu übergeben für Pflicht erachteten.“

Im Allerh. Landtagsabschiede für die in den Jahren 1860 und 1861 versammelt gewesenen preussischen Provinzialstände heißt es, daß die Kgl. Regierung ihr Interesse für die baldige Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Königsberg und Pillau, desgleichen zwischen Rastenburg und Tilsit durch Verheißung finanzieller Beihilfen betheiligen will und auch die kurze Bahnstrecke zwischen Danzig und Neufahrwasser bei gebührender Betheiligung von Seiten der Stadt Danzig binnen Kurzem ins Leben zu rufen gedenke. Unter den übrigen für die Provinz aufgestellten Projecten wird eine Eisenbahn von Königsberg, über Bartenstein, Rastenburg, Pöben und Lyd mit dereinstiger Fortsetzung nach der Petersburg-Warschauer Eisenbahn für die Interessen des Staats am förderlichsten erachtet. — Die in der Petition vom 21. August 1861 gestellten Anträge: in Abänderung der den Provinzial-Landtags-Abgeordneten und deren Stellvertretern in den ältern ständischen Gesezen zugewilligten Diäten- und Reisekostensätze diese Sätze für die Provinz Preußen dahin zu normiren, daß den Mitgliedern der Provinzial-Landtage die Reisekosten nach den Sätzen wie bei dem Abgeordnetenhaus gewährt, an Diäten

aber 4 Thlr. gezahlt werden, sind mit der Maßgabe genehmigt, daß die Erhöhung der Diäten nur in so weit einzutreten hat, als sie aus den in Folge der Herabsetzung der Reisekosten erzielten Ersparnissen gedeckt werden kann.

Bekanntlich wird mit der Anfangs August künftigen Jahres in Danzig stattfindenden dritten Provinzial-Lehrerversammlung auch für Zweck der Pestalozzi-Bereins-Casse ein Concert verbunden werden. Der Lehrer Witke aus Vellen bei Mewe proponirt auch noch zu qu. Versammlung eine Ausstellung von „Lehr- und Lernmitteln aus dem Gebiete des Volksschulwesens.“ Er erörtert diese Frage dahin, daß seit einigen Jahrzehnten der literarische Markt auch rücksichtlich der Auswahl und Menge von Schulschriften überreichlich frequentirt wird; eine Erscheinung, die freilich jeden Freund der Volksbildung mit gerechter Freude erfüllen müsse, dem größten Theile unserer Landschullehrer bleibe indeß auf seinem einsamen Landstige, abgeschnitten von jedem literarischen Verkehr, dieses massenhafte Neue völlig fremd; da einerseits seine pecuniären Mittel, andererseits aber auch die leider bisher notwendige Verwerthung seiner Maßestunden zur landwirthschaftlichen Beschäftigung ihn von einer eingehenden Lectüre der Zeitschriften, die allerdings kritiken neuer Preß- Erzeugnisse bringen, abwenden. Daß eine solche Ausstellung füglich gut ausführbar sei, hat die diesjährige allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Gera evident erwiesen. Unsere bisherigen Provinzial-Lehrer-Versammlungen haben es gezeigt, daß auf wenige Tage auch unser Landschullehrer sich recht gern der monotonen Ländlichkeit zu entziehen vermöge: nehme man denn doch bei solcher Gelegenheit Veranlassung, das Neue des Büchermarktes denselben vorzuführen. — Wir dürfen wohl erwarten, daß das mit den Vorbereitungen zu der dritten Provinzial-Lehrer-Versammlung betraute Comité, und besonders das in Danzig dieserhalb wohl schon gebildete Local-Comité dem Vor schläge des Lehrers Witke die eingehendste Erwägung widmen werde. Die Ausführbarkeit des Projects dürfte in einer Stadt wie Danzig nicht so große Schwierigkeiten darbieten.

[Gewerbe-Verein.] In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereins brachte Herr Clebsch den Versammelten ein interessantes Lebens- und Charakterbild seines Pathen, des berühmten Nettelbeck, zur Anschauung. Wenngleich Herr C. bereits vor längerer Zeit diese ausgezeichnete Persönlichkeit den älteren Vereinsmitgliedern gegenüber besprochen, so stimmen wir seiner Ansicht bei, daß unsere Zeit, sei es auch in anderer Beziehung als damals, gerade geeignet sei, auf Männer wie Nettelbeck einen Blick zu werfen, um von ihnen für unsere Verhältnisse zu lernen. Herr Clebsch ist mit dem Leben des heroischen Vertheidigers von Colberg, welcher für alle Zeiten ein helleuchtender Stern in der Geschichte unseres Vaterlandes bleiben wird, theils durch persönliche Anschauung bekannt geworden, theils hat er die einzelnen Ereignisse aus demselben den Mittheilungen seines Vaters, welcher als Arzt in Colberg lebte, zu verdanken. Nettelbecks Leben ist nach allen Richtungen hin ein bewegtes zu nennen. Aus dem ziemlich unruhigen Jungen wurde später ein Seemann, preussischer, dann englischer Flottenoffizier, Navigations-Schullehrer, Brauer, Landwirth und Bürgerfeldat; nach dem Kriege wurde er bei Einführung der Städteordnung von seinen Mitbürgern zum Stadtverordneten, dann zum Rathsherrn erwählt. Von den Bürgern und seinem Könige hoch geehrt, wenngleich auch von vielen Seiten in Folge seiner Verheirathung verkannt und geschnitten, starb Nettelbeck 1824 in seinem 86ten Lebensjahre. Familienglied lernte N. erst in seinem spätem Alter, nach Eingehung einer zweiten Ehe, kennen. Mit seiner ersten Frau — einer wahren Antippe — trennte er sich bereits 5 Wochen nach seiner Verheirathung. Auch in diesem Verhältniß zeigte sich die Energie Nettelbecks, welcher oft zu den äußersten Mitteln seine Zuflucht nahm. Als er einst sein böses Weib nicht zum Schweigen bringen konnte, trug er dasselbe auf den Boden seines Hauses, sperrte es in die Räucher-kammer, machte dann auf dem Herde ein Glühmännchen von Wachholder, Spänen und Torfstücken, und parlamentirte von hier aus mit der belagerten Festung. Nichts half; die Zungenfertigkeit der Frau Nettelbeck rief endlich eine Menge Nachbarn herbei, welche sie aus der bereits lebensgefährlich gewordenen Lage befreiten. — Lebte Nettelbeck heute, so schließt Herr Clebsch seinen Vortrag, so wäre er sicher sowohl ein Gegner der Militär-Reorganisation als ein Mitglied des Nationalvereins; mit Freunden würde er zu Opfern bereit sein, um die liberalen Bestrebungen unserer Zeit zu fördern. — Nach dem Vortrage erfolgte die Beantwortung einiger eingegangenen Fragen.

[Gerichts-Verhandlung am 4. December.] Der frühere Kaufmann Gustav Wilhelm Lenzig hier selbst, welcher als Agent concessionirt ist, hat im Laufe der letzten zwei Jahre in verschiedenen auswärtigen öffentlichen Blättern seine Vermittelung zur Beschaffung von geschäftlichen und gewerblichen Stellen, sowie auch von Capitalien öfters angeboten. Nach einigen von ihm ausgegangenen Annoncen weist er 1) einem Destillateur mit einem Jahresgehälter von 500 Thlrn. und freier Station, 2) einem Disponenten für eine Manufaktur-Waarenfabrik mit einem Jahresgehalt von 1000 Thlrn. und freier Wohnung, 3) einem tüchtigen Fabrikarbeiter mit einem festen Jahresgehalt von 650 Thlrn., freier Wohnung und Heizung eine Stelle, 4) einen früheren Fabrikarbeiter mit einem Einlage-Capital von 3—4000 Thlr., welcher sich an einem rentablen Geschäft betheiligen will, endlich 5) 100,100 Thlr. auf sichere ländliche Hypotheken nach. Zu den Stellen 1., 2., 3. fanden sich auch Bewerber, wurden aber von dem zc. Lenzig umgehend dahin beschieden, daß die qu. Stellen bereits vergeben seien und er belästete seine resp. Antwortschreiben mit einem Postvorschuß von resp. 1 Thlr. 10 Sgr. und 1 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf. „für Notiz zc.“. Um sich die Annahme seiner Postvorschußbriefe Seitens der Adressaten zu sichern, setzte er auf das Couvert „Entsinn“, „Allerschleunigt“ und den Vermerk: „bei nicht sofortiger Annahme unverzüglich zurück.“ G. W. Lenzig. Die Adressaten, welche daraus einen für sie günstigen Bescheid auf ihre Bewerbung vermutheten, nahmen die resp. Briefe an und erlegten den aufgegebenen Postvorschuß. Lenzig recognoscirt diese Briefe, ist aber nicht im Stande, auch nur hinsichtlich einer der ausgetretenen Stellen einen Auftrag nachzuweisen; er will die betr. Aufträge verworfen haben. Auch bei der polizeilichen Nachforschung in seiner Wohnung nach Papieren oder Geschäftsbüchern, die auf das von ihm angeblich betriebene Stellen-Nachweisungs-Geschäft Bezug haben, hat nichts derartiges vorgefunden werden können. Unter Anklage des Betruges verurtheilt der Gerichtshof den zc. Lenzig zu 2 Monaten Gefängniß, 50 Thlr. Geldstrafe event. noch 1 Monat Gefängniß und Indiction.

Gelegenheitsgedichte aller Art fertigt
[7332] **Mudolph Gentler**

Die ersten Nummern des neuen Jahrgangs 1863 sind aus Berlin heute bereits eingetroffen.



Der BAZAR, die nützlichste, reichhaltigste und billigste Familienzeitung, hat die Aufgabe, durch Abbildung und Beschreibung die Selbst-Anfertigung aller Gegenstände, welche irgend in das Bereich weiblicher Handarbeiten gehören und gewöhnlich zu theuren Preisen in den Läden gekauft werden, stets nach der herrschenden neuesten Mode zu lehren. — In den jährlich erscheinenden 48 Heften werden über 2000 Abbildungen der modernsten Handarbeiten und Toilettegegenstände, nebst genauer Anleitung zur Selbst-Anfertigung gegeben; ferner: Pariser und Berliner Original-Muster für Weiß-Stickeret, Bunt- und Perl-Stickeret, Häkelmuster, Modenbilder und jährlich über 25 bis 30 Schnittmuster,

die gesammte Damen-Garderobe, Leibwäsche und Kinder-Garderobe umfassend. Diese modernen Schnittmuster, in Original-Größe gezeichnet, sind in Abbildung und Beschreibung so klar und faßlich, daß auch die ungeschickteste Hand im Stande ist, darnach ein gutstehendes und modernes Kleidungsstück zuzuschneiden und anzufertigen.

Der unterhaltende Theil des BAZAR liefert: illustrierte Novellen, Skizzen und dem weiblichen Geschmack entsprechende Notizen, Musikpièces für Pianoforte und Gesang, Bilder-Räthsel, Räthseln, Räthseln, Räthseln u. eine Fülle von Notizen und Recepten, die Hauswirtschaft und die Toilette betreffend. — Abonnements können jederzeit angemeldet werden.

Wo es gewünscht wird, sind wir bereit die ersten Nummern zur Durchsicht zu übersenden.

Monatlich erscheinen vier Nummern und beträgt der geringe Abonnements-Preis

Vierteljährlich nur 20 Silbergroschen.

Zu Bestellungen empfiehlt sich: **F. A. Weber,**

Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung, Langgasse 78.

Weihnachts-Anzeige.

Einem hochgeehrten Publikum erlauben wir uns die ergebene Anzeige zu machen, daß unsere

Weihnachts-Ausstellung

mit heutigem Tage vollendet ist, daß wir unser Lager auf das Allersorgfältigste mit den empfehlenswertheften Weihnachtsgeschenken für jedes Alter assortirt haben und daß die enorme Reichhaltigkeit desselben in Auswahl und billigen Preisen alle Ansprüche zu befriedigen im Stande ist.

Jugendschriften, so wie andere Geschenke senden wir bereitwilligst zur Auswahl und fügen die höfliche Bitte hinzu, uns auch zu diesem Feste mit dem bisherigen Vertrauen gütigst zu beehren.

Durch ausführliche Inserate glauben wir das hochgeehrte Publikum mit dem Vorzüglichsten dieser Sachen bekannt zu machen und empfehlen uns hochachtungsvoll und ergebenst.

Aufträge nach auswärts werden prompt und sofort effectuirt; die in den Berliner Zeitungen angekündigten Bücher, Kunstsachen sind zu gleichen Preisen bei uns zu haben.

LEON SAUNIER,

Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur,

DANZIG, STETTIN, ELBING.

So eben traf aus Berlin ein:
Humoristisch-satirischer Volks-Kalender
des Kladeradatsch pro 1863.
Mit 100 Illustrationen von W. Scholz. 8 Bogen in eleg. Umschlag geb. Preis 10 Sgr.
(Verlag von A. Hoffmann & Comp. in Berlin.)

Pilant und originell geschrieben, wird der Inhalt des Kalenders allen Freunden des Humors und Wises eine willkommene Gescheinung sein.

Léon Saunier

Buchhandlung f. deutsche u. ausländ. Literatur in Danzig, Stettin u. Elbing. [2009]

Ball-Coiffuren empfiehlt in geschmackvoller Auswahl

Marie Wetzels
Wollwebergasse 26.

Eine **Comptoireinrichtung** ist zu verkaufen Hundegasse 65, 1 Tr. hoch. [1997]

Frisch gebrannter Kalk ist stets zu haben Langgarten 107 und in der Kalkbrennerei bei Legan. [1923] **C. H. Domansky Witt.**

Unser Weihnachts-Catalog

ist so eben erschienen und wird gratis ausgegeben. Der Catalog umfaßt eine reiche Auswahl von Werken des Lagers aus allen Wissenschaften für jedes Alter und ist namentlich reichhaltig an guten belletristischen Schriften, welche sich zu Geschenken eignen. Dieselben sind in den einfachsten sowohl wie in den elegantesten Einbänden zu den beigefügten billigen Preisen stets vorrätig.

LÉON SAUNIER,

Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur, in Danzig, Stettin und Elbing. [2010]

Für Rechnung eines Hamburger Fabrikanten übernahm ich das Depot der beliebtesten Sorten

Cuba- u. Havanna-Cigarren

und verkaufe dieselben zum Fabrikpreis von 16, 20, 25 und 30 Thlr. p. Mille. — Sämmtliche Qualitäten taun ich mit vollem Recht als schön im Geschmack und lieblich in Geruch empfehlen und werde bei vorläufiger Beziehung von Proben à 25 Stück den Laufende-Preis rechnen.

J. Grünwald, Breitgasse 84,

vis-à-vis dem Wachs. [1811]

Frische Napskuchen, frei den Bahnhöfen Dirschau, Belpin, Czernik, Warlubien, Terespol, empfiehlt billigst **St. Baeker in Wewe.** [1671]

Gutes Futtermehl in beliebigen Quantitäten ist billig zu haben in der Mehlhandlung von **Lebenstein in Dirschau.** [1964]

Feinste Gothaer u. Braunschweiger Cervelet-Wurst erhielt und empfiehlt [1987] **A. Fast, Langenmarkt 34.**

Für wollene Lumpen zahlt den höchsten Preis **Hoch in Danzig, Häterg. 60.** [2000]

Heute frische Elbinger Lischbutter à Pfd. 1/4, 8, 8 1/2 und 9 Sgr. empfiehlt **H. F. Gauschulz,** Schmiedegasse 16. [1995]

Zweite Sinfonie-Soirée
im Apollo-Saale des früheren Hôtel du Nord.

Sonnabend, den 6. December 1862, Abends 7 Uhr.

Program m.

Weber, Ouverture zu Oberon.
Haydn, Sinfonie C-moll (zum 1. Male).
R. Schumann, Ouverture zu „Julius Caesar“, von Shakespeare (zum 1. Male).
Beethoven, Sinfonie B-dur Nr. 4.
Nummerirte Sitzplätze, Saal und Balcon, à 1 Thlr. und Plätze auf dem Balcon à 15 Sgr. sind in der

Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung von **F. A. Weber, Langgasse 78,** zu haben. [1947]

Das Comité der Sinfonie-Soirée.
Bld. Denede. C. H. von Frangius.
H. Kammerer. Dr. Pivko. F. A. Weber.

Weiß's Lokal am Olivaer Thore.
Sonntag, den 7. d. Mts.

Erstes Concert
(mit Streichinstrumenten)
von der vollständigen Capelle des 3. Garde-Regiments.

Anfang 5 Uhr, Entrée 2 1/2 Sgr. [1974] **Künze, Musikmeister.**

Stadt-Theater.

Sonntag, d. 7. Decbr. (Abonn. suspendu.) Die Stumme von Portici. Große Oper in 5 Acten von Auber.
** Fenella — Frau Alberti als Gast.

Druck und Verlag von **A. W. Kaspermann** in Danzig.